

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nrn. 5 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf. Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Zanaček; in Langenchursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrenfabrikant an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Behl; in Wollenburg bei Herrn Herm. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirften.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Cunzenau, Richtenstein-Callenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. E., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagnitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.
Fernsprecher Nr. 9.

Nr. 248.

Mittwoch, den 23. October

1901.

Witterungsbericht, aufgenommen am 22. October, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 757 mm. reducirt auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 12° C. (Morgens 8 Uhr + 13° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Sambrechis Polymeter 63%. Thaupunkt + 5° C. Windrichtung: Südost. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis 12 Uhr mittags: 0,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 23. October: Bewölkt bis halbheiter, kurze Schauer nicht ausgeschlossen.

Sonnabend, den 26. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr,

sollen im kleinen Rathskellerzimmer hier
15 Stk. eiserne Gartenstühle und
eine Anzahl hölzerne Stühle

zwangsweise meistbietend versteigert werden.

Waldenburg, am 21. October 1901.

Der Rathsvollzieher.
Brucha.

*Waldenburg, 22. October 1901.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika hofft, eines Tages einen Theil des britischen überseeischen, internationalen Einflusses erben zu können, wenn einmal der britische Yeu sich außer Stande sieht, die Fäden seines heutigen über die ganze Erde verzweigten Herrschafts-Netztes fest, wie früher, in den Branten zu halten. Zum Mindesten geht die stille Hoffnung der Yankee's auf das englische Kanada, das so schön zur Abrundung des Besitzes der nordamerikanischen Union passen würde. Zudem weiß ja alle Welt, daß ein großer Theil der kanadischen Bevölkerung, insbesondere der, welcher französischer Abstammung ist, noch lieber heute, als morgen die britische Herrschaft mit der amerikanischen verlaufen würde. Und solche Gesinnung spielt in der amerikanischen Rechnung keinen kleinen Posten.

Von dem gegenwärtigen Präsidenten der nordamerikanischen Union, Herrn Theodor Roosevelt, war seit Längem bekannt, daß er dem Grundsatz huldigt: „Mein Vaterland muß größer sein!“ Er hegt nicht nur die Hoffnung, daß es den Vereinigten Staaten beschieden sein werde, eine ganz andere Rolle, als bisher, zu spielen, er hat auch den Willen, die Hoffnungen in Thaten umzusetzen. Er sprach davon, daß die nordamerikanische Kriegsstotte die zweitgrößte der Erde werden müsse; ein solches Wort kann viel und wenig Gefahrdrohendes bedeuten; viel in einem Staatswesen, wo es als selbstverständlich gilt, daß ein jedes aufgewendete Kapital sich verzinsen muß, also auch die Millionen, welche eine Flotte kostet, wenig in einem Staate, in welchem man nur ein Ziel kennt, den Frieden zu erhalten! Daß dieses Ziel in Washington gerade nicht als allerhöchste gilt, hat der Kubakrieg bewiesen, denn man kann doch mit Bestimmtheit annehmen, daß z. B. Deutschland mit so wichtigen Gründen, wie die nordamerikanische Regierung es gethan, keinen Krieg vom Zaun gebrochen hätte.

Ob die Vereinigten Staaten nun gerade eine Kriegsstotte erhalten werden, welche als die zweite der Welt zu betrachten ist, kann getrost dahingestellt bleiben. Es kann weniger werden, es kann aber auch mehr werden nach der bekannten Erfahrung, daß das ins Rollen gebrachte Rad leicht übers Ziel hinauschießt. Worauf es einmal ankommen wird, das ist der Umstand, daß die Heißsporne drüben nach der Erschaffung einer großen Flotte auch darauf hinarbeiten werden, daß diese Streitmacht zu thun bekommt. Fangen die Yankee's auch nicht gleich einen Krieg an, so wird doch an Quengeleien kein Mangel sein, die zu ertragen nicht jeder fremde Staat Neigung haben wird.

Dem Präsidenten Roosevelt ist die Wirklichkeit mit einem rasenden Droschfengaul durchgegangen, als er sich zu dem schönen Ausspruch verflieg, auf der Erde dürfe nichts Wichtiges ohne Zustimmung der „United States of North-Amerika“ geschehen. So hitzig ist die Sache denn doch nicht. Käme es den Herren in Washington in der That darauf an, solche Worte in Thaten umzusetzen, dann böte eine Intervention im Burenkriege die beste Gelegenheit, zu zeigen, was man

kann. Aber Herr Theodor Roosevelt wird ebenso, wie sein Vorgänger, Herr William Mac Kinley, „nein“ sagen, wenn ein solches Ersuchen ernsthaft an ihn heranträte. Und warum? Weil dabei für die Vereinigten Staaten nichts zu verdienen ist. Aus Edelmut und um Gottes Dank treiben die Amerikaner keine Intervention, wie Kuba und die Philippinen-Inseln zur Genüge beweisen.

Aber für ihr Interesse werden sie zweifellos Alles und Jedes thun, darum die Vermehrung der Kriegsstotte, die schon im vollen Gange ist. Wenn einmal Rußland und England aneinandgerathen werden, und der Tag wird kommen, weil er kommen muß, dann bricht auch für die Vereinigten Staaten die große Zeit an, in welcher es bei ihnen heißen wird: „Nehmen ist vorteilhafter, als Geben!“ Wer kann auch wissen, was sich schon früher einfädeln läßt; denn, wie oben gesagt, die Abneigung gegen einen Krieg ist drüben gerade nicht so riesengroß. Um für die vielen Tausende herumlungender Elemente eine „gute Beschäftigung“ zu haben, haben die Kreise, welche die Politik der Vereinigten Staaten leiten, an einer guten Profit versprechenden Unterbrechung des Friedens gar nicht einmal so sehr viel auszusetzen.

In jedem Falle fühlen sich die modernen Söhne der „großen und freien“ Republik außerordentlich, und Europa hat mit ihnen zu rechnen. Die leitenden Herren drüben haben kein halbes Duzend von leichten oder schweren Staatsprüfungen bestanden, sie kennen nicht die Schemata, die für diesen oder jenen diplomatischen Zwischenfall zur Anwendung gebracht werden, sie handeln lediglich nach ihrem praktischen Nutzen. Alle Yankee's sind geborene Geschäftsleute; Herz und Gemüth, Ideal und Nächstenliebe kommen in ihrem Charakter kurz fort, aber sie verstehen das Rechnen. Bisher haben sie, man muß es zugeben, sich wenig verrechnet, aber vielleicht bleibt auch ihnen die Bezahlung von Lehrgeld nicht erspart.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser hörte am Montag die Vorträge des Chefs des Civillabinetts und des Staatssekretärs des Reichspostamts. Vorher hatte Se. Majestät den üblichen Ausritt gemacht.

Prinz Adalbert von Preußen, der künftige Seemann, ist am Montag früh in Konstantinopel angekommen. Als das Schulschiff „Charlotte“ in den Hafen einfuhr, salutirten die türkischen Stationschiffe. Nachmittags empfing der Sultan den Prinzen, zu dessen Ehren im Sternpalast ein Festmahl und eine Theatervorstellung stattfanden.

Oberst zur Disposition v. Böbell ist im Alter von 85 Jahren zu Pankow bei Berlin gestorben. Er war ein hervorragender Militärschriftsteller.

Das Reichsgericht in Leipzig erkannte in der Revisionsverhandlung des großen Elberfelder Militärverfreigungsprozesses auf Verwerfung der von der Staatsanwaltschaft und zwei Angeklagten gegen das Urtheil der Elberfelder Strafkammer eingelegten Revi-

sionen. In sämtlichen übrigen Revisionen wurde das Urtheil aufgehoben. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Sache der Uebrigen, darunter die des Hauptangeklagten Baumann, wurde zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen.

Umfangreiche Schießübungen mit neuen Geschützen werden z. B. auf dem großen Kruppischen Schießplatz bei Meppen in Gegenwart höherer Offiziere aus Berlin abgehalten. Der Donner der Geschütze ist so stark, daß er noch an der Nordseeküste zu hören ist.

Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt, die Reichsregierung würde äußerst thöricht gehandelt haben, wenn sie wirklich, wie es den Anschein hat, über ihre Absicht, die bestehenden Handelsverträge nicht vor Erledigung des neuen Tarifs zu kündigen, Mittheilung gemacht hat. Damit haben sie ihren besten Trumpf aus der Hand gegeben, mit dem sie die Gegner des neuen Tarifs und deren etwaige Obstruction im Reichstage hätte überwinden können. Die Verkündigung des Regierungsentchlusses könne nur den Zweck haben, die Obstructionsabsichten zu stärken.

Die Arbeiterentlassungen und Arbeitseinschränkungen nehmen der „Tägl. Rundsch.“ zufolge jetzt auch bei der preussischen Eisenbahndirection einen größeren Umfang an. In Potsdam wurden in der vergangenen Woche sämtliche Arbeiter, etwa 600 an der Zahl, genöthigt, einen Tag zu feiern, weil man auf diesem Wege verhüten wollte, Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Bis zum 1. April 1902 soll alle 14 Tage ein solcher unfreiwilliger Feiertag stattfinden. Diese Maßregel soll in sämtlichen Betriebswerkstätten der Eisenbahndirection Berlin zur Anwendung kommen. In andern Directionsbezirken hat man dagegen Arbeiterentlassungen in den Betriebswerkstätten vorgenommen. Auch im Außendienst macht sich das Sparamkeitsprincip der Verwaltung geltend.

Die 72 deutschen Eisenbahnen mit einer Gesamtlänge von 44,387 Km. vereinnahmten im September aus dem Personenverkehr 47 Mill. Mk. oder 2,2 Mill. weniger und aus dem Güterverkehr 97 Mill. oder 4, 4 Mill. Mk. weniger als im September des Vorjahres!

Der Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse macht sich namentlich im Ruhrkohlenrevier sehr empfindlich fühlbar. Auf den Bechen werden, einer Zuschrift der „Vollstztg.“ zufolge, durchweg wöchentlich Feierschichten eingelegt. Dazu kommen Lohnreduktionen von 5, 10 und 15 %. Seit April betragen die Lohnkürzungen für die meisten Arbeiter indessen 25 %. Die Löhne, die infolge der 4 bis 5 Feierschichten im Monat und der Lohnreduktion gezahlt werden, können die Lebensbedürfnisse in der augenblicklich theuren Zeit kaum noch bestreiten. An allen Enden müssen sich die von der Ungunst der Verhältnisse betroffenen Arbeiter zu Einschränkungen entschließen, um mit dem geringen Lohne auszukommen. Diese plötzlichen Entbehrungen erzeugen in Arbeiterkreisen Unzufriedenheiten, die sich durch eine stille Agitation noch steigern. Die sociale Frage wird damit zu einer politischen. Hunger und